

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Kölner Rat
Gruppe Deine Freunde

An die
Vorsitzende des Rates

Frau
Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 22.09.2016

AN/1580/2016

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	22.09.2016

**Neue Gesamtschule für den Stadtbezirk Lindenthal am Standort Aachener Straße /
Herbesthaler Straße**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragsteller möchten Sie bitten, folgenden Änderungsantrag zum TOP 3.1.4 in
die Tagesordnung der Ratssitzung am 22.09.2016 aufzunehmen:

Beschluss:

Der Antrag wird wie folgt ersetzt:

Die Verwaltung wird beauftragt:

- 1) Der Standort an der Aachener Straße/Herbesthaler Straße ist von der Verwaltung nicht für die Planungen einer neuen Gesamtschule vorzusehen.
- 2) Die Verwaltung wird beauftragt, für die neue Gesamtschule – sowohl für die Interimseinrichtung, als auch für einen endgültigen Standort – eine Realisierung im Gebiet Zusestraße/Zaunstraße/Lise-Meitner-Ring zu prüfen. Dabei sind auch die Anforderungen an einen Interimsstandort für das geplante Gymnasium Zusestraße zu berücksichtigen.

- 3) In diesem Zusammenhang soll die Verwaltung mögliche Synergieeffekte mit Blick auf die geplante Realisierung des neuen Gymnasiums an der Zusestraße und der damit verbundenen Möglichkeit der gemeinsamen Nutzung von Infrastruktureinrichtungen prüfen.

Begründung:

Das Grundstück an der Herbsthaler Straße / Ecke Aachener Straße ist als geschützter Landschaftsbestandteil ausgewiesen. Zudem befindet es sich auf einer ehemaligen Deponie, so dass auch hier mit erhöhten Gründungskosten und einer Altlastenbeseitigungsproblematik zu rechnen ist, ähnlich wie bei dem Grundstück Wasseramselweg.

Bei einer Standortwahl für die Gesamtschule gegenüber dem vorgesehenen Standort für das Gymnasium Zusestraße bietet sich für beide Bildungseinrichtungen an, Infrastruktureinrichtungen wie Turnhallen und / oder Sportplätze gemeinsam zu nutzen. Diese sind in der näheren Umgebung bereits vorhanden und könnten möglicherweise von beiden Bildungseinrichtungen genutzt werden, ohne dass die Stadt Köln hierfür Investitionskosten tätigen muss.

Desweiteren wäre für die Interimseinrichtungen beider Schulen ebenfalls die Ausschöpfung von Synergieeffekten und damit verbundenen Einsparungen für den Haushalt möglich. Die dort vorhandenen Grundstücke weisen nach derzeitigem Kenntnisstand als ehemaliges Ackerland keine Lasten oder andere Einschränkungsgründe für eine Bebauung auf.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Niklas Kienitz
CDU-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Jörg Frank
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Thor Zimmermann
Gruppe Deine Freunde